

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 41 (1962)
Heft: 1

Artikel: Neue Aufgaben und neue Wege in der Freizeit
Autor: Roschewski, Heinz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337328>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

rische Notwendigkeit. Das ist eine Aufgabe, welche in erster Linie die noch kaum ausgebaute *ökonomische Soziologie* zu bearbeiten hat. Mehr und mehr wird auch im Westen erkannt, daß die von Marx aufgeworfenen soziologischen, wirtschaftstheoretischen und politischen Probleme kritisch überprüft werden müssen. Marx hat in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts wichtige soziologische Erkenntnisse formuliert. Andererseits aber ist eine immanente, das heißt von den Gedankengängen des Marxismus aus geführte Kritik des kommunistischen Diktatorsystems eine der wichtigsten geistigen Waffen gegen den kommunistischen Totalitarismus. Denn nichts fürchtet der kommunistische Staatsapparat mehr als den geistigen Widerspruch. Diese Angst vor dem Widerspruch, die Angst vor der Konfrontation der politischen Praxis mit der marxistischen Ideologie zwingt die DDR, die Satellitenstaaten und die UdSSR, ihr Land durch einen Eisernen Vorhang vor dem Kontakt mit dem Westen zu schützen. Vielleicht darf sogar behauptet werden, die Wiederaufnahme der Atombombenversuche hatte in allererster Linie die Aufgabe, den Westen von einer aktiven Politik gegenüber den Satellitenstaaten abzuhalten, falls die am letzten Parteitag der russischen KP beschlossene Entstalinisierungskampagne ein zweites Mal zu innenpolitischen Erschütterungen im Stile der Ungarnrevolte vom Jahre 1956 führen sollte. Jene Doktrin, welche angeblich den Sieg des Weltkommunismus auf die Widersprüche des kapitalistischen und imperialistischen Systems gründet, hat ihrerseits eine phobische Angst vor dem geistigen Widerspruch in den eigenen Reihen. Aus dieser Einsicht gilt es im Westen in aller Ruhe die politischen und taktischen Konsequenzen zu ziehen.

HEINZ ROSCHEWSKI

Neue Aufgaben und neue Wege in der Freizeitgestaltung

Wir erstreben eine Erwachsenenbildung, welche die persönliche Selbständigkeit fördert und zu sinnvoller Gestaltung der Freizeit anregt. Neben der Ausbildung von Wissen und Können sind auch die Gebiete der menschlichen Beziehungen und des Musischen zu pflegen. Vermehrte Freizeit kann die äußeren Bedingungen dafür schaffen, daß der Mensch wieder zu sich selbst findet, daß er Zeit hat für die Familie, für die Tätigkeit in freien Gemeinschaften, für Muße. Der öffentlichen Hand kommt die Aufgabe zu, private nicht-kommerzielle Bestrebungen der Volksbildung und der Freizeitgestaltung zu fördern.

(Aus dem neuen Parteiprogramm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz.)

Immer mehr Hetze im Alltag, Intensivierung des Arbeitstempos, Steigerung der Produktivität, Automation — auf der anderen Seite der entsprechende Zug nach Arbeitszeitverkürzung, Fünftagewoche, Ferienverlängerung. All das, im Zusammenhang mit den Auswirkungen der kulturellen und sozialen und politischen Entwicklungen auf den einzelnen Menschen, auf sein Leben und Denken machen heute die Freizeit zu einem wichtigen Problem.

Es ist einmal ein Problem für die Jungen. Die geistig-seelische Situation der jungen Generation von heute ist anders als früher. Die Verlängerung der Pubertät durch früheres Einsetzen der körperlichen Reife und durch Verzögerung der geistig-seelischen Reife hat einen Wandel der Entwicklungszeit des Jugendlichen geschaffen. In einem Sonderheft der Monatsschrift «Pro Juventute» über Lebensprobleme der Jugendlichen wird in einer Untersuchung durch den Rorschacher Seminarlehrer Dr. Konrad Widmer ausdrücklich gesagt, daß unter den Nachwirkungen des Entwicklungswandels und unter den gesellschaftlichen Bedingungen unserer Zeit die Bemühungen um die Freizeit eine besondere Bedeutung erlangen. Es wird gefordert, daß sich die Öffentlichkeit mehr um die Freizeit der jungen Generation kümmert. Nicht durch vermehrte Organisationen, nicht durch neue Statuten und Reglemente. Sondern beispielsweise durch den Bau von Jugendhäusern, wo die Jungen tanzen, spielen und diskutieren können, wo Freizeitwerkstätten bestehen. Auch die Forderung nach dem «Stadion mit der offenen Tür» wird erhoben; es gibt offenbar viele Jugendliche, die darum keinen Sport betreiben, weil sie den organisierten Vereinsbetrieb mit Kommissionen und Jahreshauptversammlungen, mit Rechnungsablage und Protokollverlesung scheuen.

Es besteht aber auch eine Aufgabe der Schule, angesichts der Fünftagewoche und der pädagogischen Bedeutung der sinnvollen Freizeitgestaltung auch auf ihrem Gebiet das Problem der Freizeit zu durchdenken und den Schüler charakterlich, geistig und technisch vorzubereiten für die Freizeit. Prof. Widmer wirft die Frage auf, ob nicht ein neues «Fach», Freizeitbetätigung, notwendig sein werde, wo man praktische Gelegenheiten aufzeigt und durchführt, aber auch über das Problem der Freizeit selber diskutiert. In den Mittelschulen müßten vermehrte Möglichkeiten zur freien Diskussion geschaffen werden, wobei an Seminarien über Film, Jazz, moderne Kunst, Religion zu denken wäre.

Die Freizeit ist aber auch ein Problem für die Erwachsenen. Ein sehr wichtiges Teilgebiet dieses Problems ist die Erwachsenenbildung. An einer Unesco-Weltkonferenz wurde 1960 erklärt, daß die Erwachsenenbildung eine absolute Notwendigkeit geworden sei: «In einer Welt, die sich unerhört rasch verändert, dürfen wir es uns nicht mehr leisten, daß unzählige Millionen von Menschen nach ein paar Jahren Volksschule für den Rest ihres Lebens ‚aus der Bildung entlassen‘ werden. Unser Zeitalter verlangt gebieterisch nach

einer ‚éducation permanente‘, sozusagen einer ununterbrochenen Weiterbildung bis ans Grab, wenn wir verhindern wollen, daß die Mehrheit der Menschen von der wissenschaftlich-technischen Entwicklung einfach ‚überfahren‘ wird. Die Erwachsenenbildung muß deshalb ein integrierender Bestandteil des Bildungswesens innerhalb der Staaten werden. Praktisch bedeutet dies, daß die Regierungen in Zukunft für die Bildung der Erwachsenen viel mehr Mittel zur Verfügung stellen müssen, als dies in den meisten Ländern bis heute der Fall war.»

Diese letzte Feststellung trifft insbesondere auch für die Schweiz zu. Zwar besteht eine Reihe von Institutionen, die sich mit der Erwachsenenbildung beschäftigen. Aber Staat und Gemeinde haben die Erscheinung der Erwachsenenbildung noch kaum zur Kenntnis genommen. Die Schweizerische Vereinigung für Erwachsenenbildung hat in Verbindung mit der Nationalen Schweizerischen Unesco-Kommission eine Schrift herausgegeben, die seinerzeit vom inzwischen verstorbenen Leiter der Schweizerischen Arbeiterbildungszentrale, Hans Neumann, angeregt wurde, der auch das erste Manuskript hiezuh schrieb, das dann von Dr. H. Amberg, Abteilungsleiter im Genossenschaftlichen Seminar in Muttens, weiter bearbeitet worden ist. Hier wird vor allem die Forderung nach Bildungszentren in den Gemeinden aufgestellt: «In den allermeisten Gemeinden unseres Landes sind die Kirchen und die Schulhäuser die beiden bedeutendsten Gebäude. Die Bürgerschaft ist stolz auf ihre Schulen. Sie nimmt willig die Kosten, sogar eine Steuererhöhung zu deren Gunsten in Kauf. Die Einsicht wächst rasch, daß angesichts des härter werdenden internationalen Konkurrenzkampfes auch die höheren Lehrinstitute, die Techniken und Hochschulen, weiter ausgebaut werden müssen. Wie ist es aber um die Erwachsenenbildung im Schweizerland bestellt? Von ihrer Existenz kündigt kaum irgendwo ein Bauwerk; und unser schweizerisches Staatsbudget kennt keinerlei Aufwendungen dafür. Wo in einer Gemeinderechnung Leistungen dafür vorgesehen sind, handelt es sich um Bagatellbeträge, die in gar keinem Verhältnis zu den Leistungen stehen, welche für die anerkannten, gewissermaßen historisch gewordenen Bildungseinrichtungen aufgebracht werden.»

Dabei besteht auch bei uns ein latentes Bedürfnis nach geistiger Anregung, nach kulturellen Dienstleistungen aller Art und vernünftiger Betätigung in der Freizeit. Die Bedürfnisse sind viel größer als ihre Befriedigung. Es fehlt vor allem an geeigneten Räumlichkeiten. Mit zunehmender Freizeit und wirtschaftlichem Wohlstand wird diese Raumnot immer größer. Es erscheint deshalb als vordringlich, daß zweckentsprechende und würdige Räume für bildende Vorträge, Kurse, Konzerte, Bastelarbeiten und ähnliche Veranstaltungen zu sinnvoller Freizeitgestaltung zur Verfügung gestellt werden. Mangel an solchen Räumlichkeiten besteht gewiß besonders in kleinen Gemeinden, aber selbst in den Städten ist es oft schwer, geeignete Räumlich-

keiten aufzutreiben. Die Schaffung solcher Räume und Freizeitheime ist vielleicht in erster Linie Sache der Gemeinden. Dazu müßte sich mancherorts wohl auch der Kanton finanziell daran beteiligen. Wir können uns aber, insbesondere für den Betrieb und Unterhalt solcher Gebäude und Einrichtungen, sehr wohl ein Zusammenwirken von Gemeinde, kulturellen Institutionen, Gewerkschaften und Industrieunternehmungen denken. Hier liegen neue Aufgaben einer neuen Zeit, und unsere wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Institutionen müssen sich dieser Aufgabe annehmen, wenn sie selbst lebendig bleiben wollen.

HANS SCHMID

Was geht in Frankreich vor?

1. Von der IV. zur V. Republik

Als sich anfangs 1954 ein Teil der Muselmanen in Algerien gegen die französische Verwaltung und Bevölkerung erhob, dachte noch niemand daran, daß dieser Aufstand der IV. Republik das Leben kosten werde. Die Verfassung der IV. Republik war zwar vielen politischen Beobachtern als ungeeignet erschienen, die Stabilität der Regierung zu gewährleisten. Sie entsprach auch nicht der Entwicklung in den überseeischen Besitzungen Frankreichs. Die Normen des Verfassungsgesetzgebers von 1946, welche der Regierung eine gewisse Autorität sichern und zu häufige Regierungskrisen vermeiden sollten, erwiesen sich als unwirksam. Auch das französische Volk anerkannte diese Pseudo-Republik, die weder seinen Wünschen noch seinen Bedürfnissen entsprach, nie als die seinige.

Demnach war es im höchsten Grade befremdlich, wie der Präsident der Republik, René Coty, der Ministerpräsident Pierre Pflimlin und der Vize-ministerpräsident Guy Mollet, welche bis zuletzt eine starke Mehrheit der Nationalversammlung hinter sich hatten, 1958 zurücktraten. Acht Tage vor dem 13. Mai, dem Tage des Putsches französischer Offiziere in Algerien, verfügte General de Gaulle noch über keinen politischen Einfluß. Salan war auch in Frankreich eine unbekannte Größe. Der jetzige Premierminister Michel Debré war nichts anderes als ein ungestümer Polemiker. Als dann am 13. Mai Massu, Debré, Salan und andere de Gaulle auf den Schild erhoben, bekam es René Coty, dessen Hauptaufgabe als Präsident der Republik es hätte sein sollen, die Einhaltung der Verfassung zu überwachen, mit der Angst zu tun und ersuchte die Nationalversammlung und den Senat,

«angesichts des drohenden Bürgerkrieges einen Teil ihrer Privilegien und ihrer Überzeugungen um der Einheit der Nation willen zu opfern».

